

Eines der wichtigsten Ziele des Bologna-Prozesses war eine Verbesserung der **Berufsqualifikation** in den neuen Studiengängen. Insbesondere sollte der Bachelor „eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene“ attestieren. Konkret bedeutet dies, dass die Kooperation zwischen Hochschulen, Politik und Wirtschaft verstärkt wurde.

Tatsächlich nehmen nur 31 % der Studierenden, die sich für ein Bachelor-Studium an einer Universität entscheiden, dies wegen der Aussichten auf einen Arbeitsplatz auf. Von jenen, die sich dagegen entscheiden – soweit es noch Entscheidungsfreiräume gibt – geben hingegen 64 % diese Aussichten als Argument an. Die Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt scheint hingegen relativ gut zu sein, obwohl die Studierenden skeptisch sind. Dies ist jedoch nicht weiter verwunderlich: im Rahmen der Gestaltung der neuen Studiengänge verpflichtete sich die Wirtschaft dazu, durch Weiterbildungsmaßnahmen Entwicklungsmöglichkeit für Bachelor-Absolvent_innen zu schaffen. Dies wurde jedoch an die Bedingung geknüpft, dass der Praxisbezug in allen Studiengängen verankert wird und Arbeitgeber_innen bei der Qualitätssicherung miteinbezogen werden. Dadurch wird ihnen einen indirekten Einfluss auf die Ausgestaltung der Studiengänge geboten.

Bildung als demokratisches Recht hat in diesem Prozess einen schweren Stand. Seit der Lissabon-Strategie, die Europa zum weltweit dynamischsten und wettbewerbfähigsten Wirtschaftsraum machen soll, auf die 2003 bei einer Bologna-Nachfolgekonzferenz explizit Bezug genommen wurde, setzt sich zunehmend ein auf wirtschaftliche Verwertung in Form von Innovationen ausgerichteter Bildungsbegriff in der Hochschullandschaft durch. Die Privatwirtschaft profitiert enorm von der Umstellung: staatlich ausgebildete Bachelor entledigen die Unternehmen des Problems, selbst eigene Fachkräfte auszubilden und verdrängen gleichzeitig Facharbeiter_innen vom Markt. Diese einseitige Ausrichtung beschneidet die studentische Freiheit. Es werden fremdbestimmte Lerninhalte aufgezwungen statt selbstbestimmtes, unabhängiges Lernen als emanzipatorischen Prozess zu fördern. Dies steht im krassen Gegensatz zu einer demokratischen Bildung, wie sie im Bildungstreik propagiert wurde, und ist daher abzulehnen. Um dem entgegenzusteuern, muss der Einfluss privatwirtschaftlicher Interessen auf die Hochschulen im allgemeinen und den Bologna-Prozess im speziellen zurückgedrängt werden.

Eines der wichtigsten Ziele des Bologna-Prozesses war eine Verbesserung der **Berufsqualifikation** in den neuen Studiengängen. Insbesondere sollte der Bachelor „eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene“ attestieren. Konkret bedeutet dies, dass die Kooperation zwischen Hochschulen, Politik und Wirtschaft verstärkt wurde.

Tatsächlich nehmen nur 31 % der Studierenden, die sich für ein Bachelor-Studium an einer Universität entscheiden, dies wegen der Aussichten auf einen Arbeitsplatz auf. Von jenen, die sich dagegen entscheiden – soweit es noch Entscheidungsfreiräume gibt – geben hingegen 64 % diese Aussichten als Argument an. Die Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt scheint hingegen relativ gut zu sein, obwohl die Studierenden skeptisch sind. Dies ist jedoch nicht weiter verwunderlich: im Rahmen der Gestaltung der neuen Studiengänge verpflichtete sich die Wirtschaft dazu, durch Weiterbildungsmaßnahmen Entwicklungsmöglichkeit für Bachelor-Absolvent_innen zu schaffen. Dies wurde jedoch an die Bedingung geknüpft, dass der Praxisbezug in allen Studiengängen verankert wird und Arbeitgeber_innen bei der Qualitätssicherung miteinbezogen werden. Dadurch wird ihnen einen indirekten Einfluss auf die Ausgestaltung der Studiengänge geboten.

Bildung als demokratisches Recht hat in diesem Prozess einen schweren Stand. Seit der Lissabon-Strategie, die Europa zum weltweit dynamischsten und wettbewerbfähigsten Wirtschaftsraum machen soll, auf die 2003 bei einer Bologna-Nachfolgekonzferenz explizit Bezug genommen wurde, setzt sich zunehmend ein auf wirtschaftliche Verwertung in Form von Innovationen ausgerichteter Bildungsbegriff in der Hochschullandschaft durch. Die Privatwirtschaft profitiert enorm von der Umstellung: staatlich ausgebildete Bachelor entledigen die Unternehmen des Problems, selbst eigene Fachkräfte auszubilden und verdrängen gleichzeitig Facharbeiter_innen vom Markt. Diese einseitige Ausrichtung beschneidet die studentische Freiheit. Es werden fremdbestimmte Lerninhalte aufgezwungen statt selbstbestimmtes, unabhängiges Lernen als emanzipatorischen Prozess zu fördern. Dies steht im krassen Gegensatz zu einer demokratischen Bildung, wie sie im Bildungstreik propagiert wurde, und ist daher abzulehnen. Um dem entgegenzusteuern, muss der Einfluss privatwirtschaftlicher Interessen auf die Hochschulen im allgemeinen und den Bologna-Prozess im speziellen zurückgedrängt werden.